

INTERNATIONALE UNTERSTÜTZUNG

Obwohl Österreich im Ausland ohnehin nicht gerade als besonders tolerantes, freisinniges und progressives Land verschrien ist - und schon gar nicht, was Homosexualität anlangt -, lösten die Vorfälle bei den Festwochen und die Nichtzulassung der Salzburger Gruppe als Verein bei unseren ausländischen Schwesterorganisationen doch so große Verwunderung und Empörung aus, daß sie österreichische Politiker mit Protestbriefen überhäuften.

Über die erste Aktion unserer norwegischen Freunde von DNF-48 anlässlich des Gipfeltreffens der Sozialistischen Internationale konnten wir ja schon in der letzten Nummer berichten. Gleichzeitig mit dem Brief an Willy Brandt schickte DNF-48 eine Presseaussendung aus, die breites Echo in den norwegischen Medien fand und in einigen Zeitungen in voller Länge abgedruckt wurde. Die österreichrelevante Textstelle lautete*:

"Abschließend bittet DNF-48 in seinem Brief das Treffen des Büros der Sozialistischen Internationale bei der Beendigung der Verletzung der Menschenrechte durch Österreich mitzuwirken, indem es die österreichische Regierung auffordert, augenblicklich das gesetzliche Verbot von Informationstätigkeit über Homosexualität und das Verbot, sich zu organisieren oder die Initiative zur Gründung von Organisationen zu ergreifen, die aus einer positiven Einstellung zur Homosexualität heraus arbeiten, zu entfernen."

Ein ähnlicher Text fand sich auch in einem halbseitigen Inserat in "Dagbladet", Norwegens zweitgrößter Tageszeitung, das DNF-48 anlässlich des Internationalen Schwulen Solidaritätstages am 27. Juni drucken ließ, sowie in einer Broschüre, die von DNF-48 an jenem Tag an Ständen überall im Land verteilt wurden. Von all diesen Aktivitäten erhielt die österreichische Botschaft in Oslo Kopien.

Die schwedische Schwulenorganisation RFSL wiederum schrieb an Kreisky folgenden Brief*:

"Zu Ihrer Kenntnisnahme übersendet Ihnen RFSL eine Kopie unseres Schreibens an Olof Palme. Wir hoffen, daß Sie das Unbillige in den Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Homosexualität einsehen und die Initiative ergreifen werden, daß diese die Menschenrechte verletzenden Bestimmungen abgeschafft werden. Zu Ihrer Information wollen wir erwähnen, daß Schweden dieselbe Altersgrenze für homo- und heterosexuelle Verbindungen (15 Jahre) eingeführt hat. Die Regierung hat außerdem einen Ausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, Maßnahmen vorzuschlagen, die zur Beseitigung jeder verbliebener Diskriminierung von Homosexuellen geeignet sind."

In besagtem Brief an Olof Palme schrieb RFSL eingangs*:

"Menschenrechte werden in vielen Ländern der Welt in flagranter Weise verletzt. Die westliche Welt pflegt in verschiedenen Zusammenhängen, diese Verletzungen aufzugreifen und mit schar-

fen Worten zu verurteilen. Jedoch gibt es Ausnahmen - so ist die Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen legalisiert und wird als außerhalb des Begriffs "Menschenrechte" fallend betrachtet. Homosexuelle werden dadurch zu einer rechtlosen und unterdrückten Minderheitengruppe gemacht. In Österreich wird diese Einstellung in Reinkultur betrieben und erinnert in gewisser Hinsicht an die Situation der Homosexuellen in Nazi-Deutschland."

Dann berichtet RFSL über die Ereignisse bei den Festwochen und legt Kopien des Artikels "Chronologie der Ereignisse" aus den LN 2/80 und der offiziellen Briefe (von Polizei und Kulturamt) bei. Weiters hieß es in RFSL's Brief an den Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokratie, Palme, den man im Gegensatz zu Kreisky duzt*:

"Anlässlich des Treffens des Büros der Sozialistischen Internationale in Oslo haben wir Dich per Telegramm über die Situation in Österreich informiert. Das Büro-Treffen erhielt auch ein Schreiben von RFSL's norwegischer Schwesterorganisation (DNF-48). Wir gehen also davon aus, daß Du in dieser Sache wohl informiert bist. Zu Deiner Information fügen wir jedoch eine Abschrift der Bestimmungen im österreichischen Strafgesetzbuch bei, durch die Homosexuelle eine Sonderbehandlung erfahren. RFSL meint, daß es wertvoll wäre, mit Dir über die Situation der Homosexuellen in Österreich

diskutieren zu können. Deshalb wären wir Dir dankbar, wenn Du uns mitteilen würdest, wann Du Gelegenheit hast, einige Vertreter von RFSL zu treffen. "

Einen ähnlichen Brief von RFSL mit der Aufforderung, schärfstens gegen die homosexuellen-diskriminierenden Bestimmungen im österr. StGB zu protestieren, erhielt das Außenministerium in Stockholm, das die schwedische Botschaft in Wien einschaltete, die ihrerseits den Wiener Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm wegen der genauen Gesetzestexte konsultierte.

In seinem Antwortschreiben an die Botschaft, von dem auch wir eine Kopie (durch RFSL) erhielten, zählt Herr Wilhelm eine Reihe von Paragraphen aus dem Sexualstrafrecht auf, die uns teilweise gar nicht direkt betreffen, vergißt aber, von den vier direkt anti-schulen Sondergesetzen sogar den § 210 (Prostitution) zu erwähnen! Zum Schluß maßt sich der Herr Rechtsanwalt Ungeheuerliches an, was wörtlich zitiert werden soll:

"Ich...darf ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß Beschwerden gegen bestehende Gesetze in Österreich Utopien sind ...und jede Beschwerde eines ausländischen Staates gegen ein bestehendes Gesetz ein Eingriff in die österreichische Souveränität darstellen würde." Er meinte wohl, daß es eine Utopie wäre, zu glauben, daß solche Beschwerden irgendeinen Erfolg zeitigen würden. Bezeichnend! Wessen Ziele Herr Wilhelm im Auge gehabt haben mag, als er folgenden Satz schrieb?:

"Ich darf daher zusammenfassend sagen, daß eine Beschwerde über die gegenständlich bestehenden Gesetze nicht zielführend sein kann."

Brieflich fragten wir Herrn Wilhelm daraufhin, ob er denn auch schwul sei und möglicherweise mit der Taktik der HOSI nicht einverstanden sei. Er hat uns nicht geantwortet. Der Königlich Schwedischen Botschaft haben wir zu einem baldigen Wechsel des Anwalts geraten.

Aber wieder zurück zu den positiveren Aktionen: F-48, unsere dänische Schwesterorganisation richtete Protestbriefe an Kreisky und Broda, sowie an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anker Jørgensen.

Letzteren forderte sie nach genauer Schilderung der Vorfälle bei den Festwochen und in Salzburg und nach der Übersetzung der §§ 220 und 221 auf*:

"Forbundet af 1948 fordert vor diesem Hintergrund den Ministerpräsidenten eindringlich auf, über die Sozialistische Internationale - und eventuell über andere Kanäle, die zur Verfügung stehen müßten - seinen Einfluß gegenüber der österreichischen Regierung geltend zu machen, um die Abschaffung dieser Gesetze und Eingriffe voranzutreiben - von Gesetzen und einer Praxis, die mit den elementaren Rechten der Bürger einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar und für das Ansehen der internationalen sozialdemokratischen Bewegung kompromittierend sind."

Die niederländische Homosexuellenorganisation COC schrieb Protestbriefe an das Auslandssekretariat, die Jugendorganisation und an die Schwulengruppe innerhalb der sozialdemokratischen Partij van der Arbeid.

Auch die irische National Gay Federation und der italienische FUORI! schrieben Protestbriefe an Kreisky und Broda und verlangten die Abschaffung der besagten Paragraphen.

Solidaritätsunterschriftenlisten trafen bisher von Schwulengruppen in Hamburg, Nürnberg, Karlsruhe, Osnabrück, Würzburg, Bonn, Offenburg, Stuttgart, Münster, Dortmund und Tübingen ein.

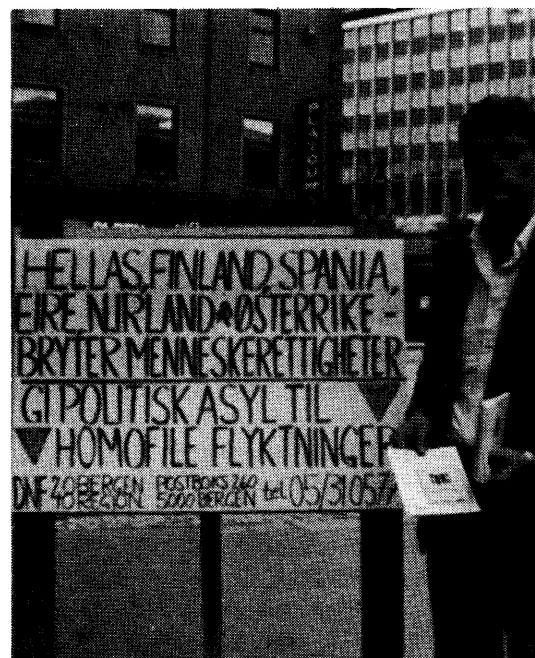
RFSL hatte den Text unserer Unterschriftenliste übersetzt und während der Schwulen Befreiungswoche im August in Stockholm an die hundert Unterschriften gesammelt, darunter Jan Hammarlunds, des bekannten Schwulensängers.

Anläßlich Kreiskys Staatsbesuch

in Kopenhagen vom 14. bis 16. Oktober 80 schickte F-48 folgende Presseaussendung über die dänische Nachrichtenagentur aus*:

"Anläßlich des Staatsbesuches von Bundeskanzler Bruno Kreisky in Dänemark, während dessen er u. a. auch Ministerpräsident Anker Jørgensen treffen wird, möchte Forbundet af 1948, Landesverband für Schwule und Lesben, hiermit dagegen protestieren, daß der dänische Staat offiziell einen Vertreter eines Landes empfängt, das durch die §§ 220 und 221 in seinem Strafgesetzbuch die Organisation von Homosexuellen und jede positive öffentliche Erwähnung von Homosexualität kriminalisiert und somit die Menschenrechte verletzt!"

* Übersetzung aus dem Norwegischen, Schwedischen bzw. Dänischen von Kurt.



"Griechenland, Finnland, Spanien, Irland, Nordirland und Österreich verletzen die Menschenrechte. Gebt homosexuellen Flüchtlingen politisches Asyl!"

Bergen, Norwegen, Juni 1980